

NEUTRAL NATIONS REPATRIATION
COMMISSION FOR KOREA

SWISS DELEGATION

En circulation
30.11. n.l.
Retour le 10.12.

Panmunjom, den 20. November 1953

~~Mr. Lutz~~ ~~Mr. Weibel~~ p.i.i.
wie Lt. Murci
10.12.
Herr Bundesrat,

In der Beilage beehre ich mich Ihnen den Text der kurzen Antwort auf die Erklärungen des polnischen und tschechoslovakischen Delegierten, die ich in der letzten, 51. Sitzung der NNRC erstattet habe, zu übermitteln. Ich habe besonders darauf Wert gelegt, dass zwei in den Erklärungen der beiden Mitglieder gegen mich erhobene Vorwürfe, nicht unerwidert blieben.

Es betrifft dies in erster Linie die Behauptung, dass ich mich den disziplinarischen und gerichtlichen Massnahmen und Untersuchungen widersetzt hätte, welche die indischen Militärbehörden gegen Rechtsbrecher in den Gefangenenlagern einzuleiten beabsichtigten. Wie es scheint wurde dieser Vorwurf auch in den an den Bundesrat gerichteten Protestnoten wiederholt, deren Inhalt mir allerdings nicht bekannt ist; ich vermag nicht zu beurteilen, ob eine in den Schweizer Zeitungen veröffentlichte UP-Agenturmeldung aus Wien vom 10. November, die aus der tschechischen Zeitung "Rude Pravo" übernommen worden ist, wahrheitsgetreu sei. Jedenfalls stellt die Behauptung eine offenbare Unwahrheit dar, indem ich mich gegen die Ergreifung von Sicherheitsmassnahmen und Strafuntersuchungen durch die indischen Bewachungstruppen nie aufgelehnt habe.

Allerdings bestand nach Veröffentlichung der Stellungnahme des Bundesrates vom 17. Oktober eine Unklarheit darüber, ob die umfassende Formulierung des Prinzips des Verbots der Gewaltanwendung sich nicht auch auf solche Zwangsmassnahmen beziehe, welche die indischen Truppen im Zusammenhang mit Strafuntersuchungen treffen müssen und wegen des seitens der Gefangenen zu erwartenden Widerstands zu Blutvergiessen führen könnten. Der Vorsitzende der Kommission, General Thimayya selbst, hatte mich ersucht diesen speziellen Punkt mit Ihnen abzuklären, obwohl ich meinerseits unter Vorbehalt einer späteren Berichtigung selbst dafür eingetreten bin, dass solche Massnahmen seitens der indischen Truppen unbedenklich ergriffen werden sollen. Schon nach wenigen Tagen konnte ich auf Grund Ihrer Erwiderung den vorsorglich angebrachten Vorbehalt zurückziehen. Seither sind verschiedene solche Untersuchungen in Gegenwart von Vertretern sämtlicher Mitgliedstaaten durchgeführt worden, übrigens ohne Gewaltanwendung gegenüber den Gefangenen; lediglich am 2. November ist ein chinesischer Kriegsgefangener, der sich bei einer solchen Gelegenheit aus unabgeklärten Gründen gegen einen indischen Soldaten gestürzt hat, erschossen worden.

Des weitern habe ich den Vorwurf, dass die schweizerische Delegation immer wieder mit einem Rücktritt drohe, dahin beantwortet, dass es sich diesbezüglich nur um die Aeusserung meiner persönlichen Meinung gehandelt habe. In diesem Zusammenhang möchte ich nicht unterlassen, Ihnen darzulegen, bei welcher Gelegenheit dieses Argument überhaupt je von mir angerufen worden ist:

Anlässlich der militärischen Operation gegen koreanische Kriegsgefangene, am 16. Oktober, hatten die kommunistischen Mitglieder der Kommission behauptet, ein Rückzug der bereits ausgesandten Truppen wäre von so schwerwiegender psychologischer Wirkung, dass in Zukunft die Gefangenen überhaupt nicht mehr zu den "hearings" abkommandiert werden könnten. In Erwiderung dieses Arguments habe ich ausgeführt,*die psychologische Wirkung eines massenhaften Blutvergiessens jedenfalls viel schwerwiegender wäre und die Mehrheit der in der Kommission vertretenen Regierungen veranlassen könnte, ihre Mitwirkung zurückzuziehen. Dieses Argument habe ich

An das Eidgenössische Politische Departement
Bern

* dass

Dodis



Brief vom 20.11.53. Seite 2

in der darauf folgenden Sitzung vom 18. Oktober, anlässlich einer sehr heftigen Aussprache über das Problem der Gewaltanwendung wiederholt und speziell darauf Bezug genommen, dass die schweizerische Regierung und die öffentliche Meinung des Landes es niemals billigen würden, dass die Gefangenen durch Zwangsmassnahmen, welche selbst Menschenopfer kosten könnten, zu den "hearings" herbeigeführt werden. In jenem Zeitpunkt hatte ich Ihre Weisung, inwieweit vom Argument eines Rückzugs der Delegation Gebrauch gemacht werden dürfe, noch nicht erhalten.

In meinem "statement" vom 6. November habe ich schliesslich erneut davon gesprochen, dass wenn die Kommission je für andere Zwecke, als solche der Durchführung gerichtlicher Untersuchungen Gewaltmassnahmen angewendet hätte, es möglich gewesen wäre, dass die Schweiz die Beibehaltung des von ihr übernommenen Mandats von neuem in Erwägung hätte ziehen müssen. Ich habe dieses Argument im Zusammenhang mit einer allgemeinen Darlegung der Prinzipien der Genfer Gefangenen-Konvention und der ihr schweizerischerseits gegebenen Auslegung verwendet und speziell auf die wiederholten Behauptungen des tschechoslovakischen Delegierten erwidert, der die Haltung der Mehrheit der Kommission als "illegal" und selbst der "Genfer Konvention widersprechend" dargestellt und unablässig auf die Notwendigkeit der Ergreifung von Zwangsmassnahmen gegen die Gefangenen, vornehmlich auch für die Abhaltung der "hearings" hingewiesen hat. Meine Erwähnung bedeutete in keinem Sinn eine Drohung und nahm auch nicht Bezug auf die Opposition, welche verschiedene Mitglieder der schweizerischen Delegation gegen die verlangsamte Durchführung der "hearings" erhoben hatten. Leider ist gerade dieser Punkt meines "statement", dessen Text ausser den Mitgliedern der Repatriierungskommission und meiner Delegation nie weiter bekannt gegeben worden ist, von einem Reporter der Agentur "United Press" dennoch falsch wiedergegeben worden und wurde in der Folge, sowohl vom Pressedienst der indischen Delegation und mir selbst, als auch von dem betreffenden Reporter richtiggestellt.

Angesichts der nunmehr von der indischen Delegation eingenommenen Haltung, welche Gewaltanwendung nur insoweit in Betracht zu ziehen gewillt ist, als sie von sämtlichen Mitglieder gebilligt werde, und der vom schwedischen Delegierten konsequent verfochtenen Stellungnahme, wird sich das Problem eines Rückzugs aus prinzipiellen Gründen wohl überhaupt nicht mehr stellen.

Was den von einzelnen Mitgliedern der Delegation während der "hearings" geübten "walk out" betrifft, hatte ich in meinen Instruktionen an die Delegation darauf hingewiesen, dass sich die Mitglieder der neutralen Unterausschüsse dem Beschlüssen der Mehrheit zu fügen hätten; sie können also wohl die Unterbrechung einer Session, gemäss Art. 17 der "Rules of Procedure" beantragen, aber die Entscheidung über die Weiterführung oder den Unterbruch eines "hearing" liegt der Mehrheit der Unterkommission ob. Nur in solchen Fällen, wo die "explainers", trotz eines klaren Beschlusses der Mehrheit des Unterausschusses, ihre Ausführungen fortsetzen, gestatte ich den schweizerischen Delegierten, das "meeting" zu verlassen, schon um die Autorität des neutralen Unterausschusses zu unterstreichen. Nach Auffassung der "explainers" und des Nordkommandos, soll allerdings jede Unterbrechung der "explanations" unzulässig sein und hätten die "explainers" vollste Freiheit ihre Zeit auszunützen. Jedenfalls hat das Verhalten unserer Delegationsmitglieder in keiner Weise politische Absichten bekundet, wie im Radio Peking behauptet worden sein soll.

Verschiedene andere im "statement" des tschechischen Delegierten erhobene Vorwürfe habe ich bereits in anderen Voten beantwortet, wie unter anderem die Bemerkung, dass die Anbringung einiger Abänderungsvorschläge zu den "Rules of Procedure" die Unaufrichtigkeit meines Vorgehens erweise, nachdem ich eben erst behauptet hätte, dass die schweizerische Delegation sich von der Propaganda der UNO-Seite nicht beeinflussen liesse. Ich habe gegen einen solchen Vorwurf lebhaft protestiert, als die von mir eingebrachten Abänderungen zur Sprache gekommen sind. Bei diesem Anlass kam ich auch auf meine Bemerkung über westliche und östliche Mentalität zu sprechen und bemerkte gegenüber meinem tschechoslovakischen Kollegen, dass ich im Gebrauch

Brief vom 20.11.53. Seite 3

dieser Ausdrücke mich nicht von der parteipolitischen Phraseologie und dem Jargon des kalten Krieges beeinflussen lasse, sondern, nach einem Aufenthalt von 19 Jahren in Asien, berechtigt sei, darüber meine eigenen Betrachtungen anzustellen, welche mindestens bei der indischen Delegation verständnisvolles Gehör finden dürften, aber von ihm offensichtlich nicht verstanden worden seien.

Genehmigen Sie, Herr Bundesrat, die Versicherung meiner ausgezeichneten Hochachtung.

DER CHEF DER SCHWEIZERDELEGATION DER NNRC :

Admiral

1 Beilage.

Personal Remarks on the Statements made
by the Polish and Czechoslovak Delegates on November 18th 1953

Both statements contain a repetition of arguments well known to all members and add nothing in substance but rather polemics against other members. It is for instance significant that both statements refrain from a definition of the term "agent" because they find it self-evident and evade thereby an answer on this essential question.

I have, however, to reply on some questions put to me specifically as for instance that of the Polish member asserting that I forget that the PsCW are bound to observe rules of discipline; the Czechoslovak member goes even so far as to say that I opposed all proposals aiming at taking effective steps to that effect. This is evidently wrong as I have said in my statement of November 7th that exactly such disciplinary and judicial measures are allowed in accordance with and within the general frame of the military law to be applied, and it lies in the nature of such disciplinary and judicial measures that force be applied. I have never opposed the judicial investigations the result of which are anxiously awaited to throw a light on the "terror regime" so often evoked by the two members. In this respect I fully recognize the provisions of Article II para 7, and I never opposed such orders and measures taken for the upkeep of discipline and order in the explanation tents.

But the case is quite different if compulsion is applied to coerce prisoners for other actions or to enforce administrative orders in the camps particularly for such purposes as the two members claim for and which in my opinion are of an arbitrary nature. Instead of indulging in polemics against me, why does the Delegate for Czechoslovakia not adress his criticisms to the majority of members who grosso modo share my views ?

I may assure the member for Poland that my Government has no intention to renounce membership in this Commission not only because they are "so particular in carrying out the Geneva Convention" but also because they are not less anxious than other Governments that certain accepted principles of international law shall prevail in its proceedings; this may be the main reason why their participation has been asked for. I have therefore to maintain what I have said about the relations between the specific provisions of the Convention and the implementation of the Terms of Reference.

My allusion to the possibility that my Government may -not will- consider anew the acceptance of their mandate has never been meant as a

- 2 -

threat but as a clarification in view of the consistent requests of the Czechoslovak member to apply violence for the implementation of the Terms of Reference. This personal opinion of mine was given as part of a comprehensive statement without an intention to influence any other member.

I also have never shown my statement to any journalist; if I had done so, there would not have been a misunderstanding on this very point which obliged me to launch a very clear dementi.

I already have replied on a few other points contained in the statement of the Czechoslovak delegate, but should like to reply on two more. We are as members all interested in the success of our mission which means that all PsOW will be given the possibility to exercise their right to be repatriated. This may also be called "the result" of the mission and has to be opposed to the specific results in which the Parties to the conflict are interested. According to accepted standards a neutral commission is in the first place responsible for the methods to be applied in order to achieve the success of its mission.

I do not know the contents of Mr. Dulles' statement of Aug 12th. If, however, the US Secretary of State meant that the Armistice Agreement overrides Art. 118 of the Geneva Convention on PsOW, then everybody should agree because this provision reserves special stipulations between the Parties for its execution.

CS.